



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/182

2. Dezember 1949

Probefall Rechenberg

sp. Dass die soziale und echte politische Scheidegrenze mitten durch die CDU und damit durch Parlament und Regierung geht, wie der

Bochumer Katholikentag bewies, war nicht nur eine Behauptung der Opposition, sondern ist eine ebenso klare Erkenntnis der Regierung und der Koalitionspartner. Nur mühsam ist diese Tatsache durch die kulturpolitischen Postulate der CDU überdeckt worden.

Niemand hat erbarmungslos diesen Riss aufgedeckt als Herr von Rechenberg, Bundesabgeordneter der FDP, mit seinem Ultimatum, die

Koalition aufliegen zu lassen, wenn es der CDU gefallen sollte, der Forderung ihrer Gewerkschafter nach wirtschaftlichem Mitbestimmungs-

recht oder gar Sozialisierung Rechnung zu tragen. Eine klarere Deutung der Koalitionsziele ist schlechterdings nicht möglich: Restauration

des "freien" Unternehmertums in der deutschen Wirtschaft unter Ausschaltung des Arbeitnehmereinflusses. Nun, diese Zielsetzung ist nicht neu.

Neu ist nur diese offene Bestätigung und ihre ultimative Form. Sie lässt sich nur aus der Wahl des Zeitpunktes erklären, in der sie gegeben wurde.

Zur Zeit tagt nämlich der vom Bochumer Katholikentag beschlossene Ausschuss von katholischen Unternehmern und Arbeitnehmern, um über die

Frage des Mitbestimmungsrechtes zu beraten. Nach den sehr eindeutigen Erklärungen der CDU-Gewerkschafter, deren Position in den Gewerkschaften

seit München besonders gestärkt wurde, steht zu erwarten, dass sie ihre Forderungen nachdrücklich vertreten werden. Wenn man auch von katho-

lischer Seite selbst schon dafür Sorge trug, dass die Arbeitnehmer auf dieser Tagung kein Übergewicht erhielten, so würde doch ein nicht

auf die Regierungspolitik abgestimmtes oder ihr gar entgegenstehendes Ergebnis dieser Tagung Rückwirkungen auf die Gewerkschafter im Bundes-

tag und damit erhebliche politische Störungen für die Koalition ergeben. So gilt es, Druck zu erzeugen und zu betonen: lasst alle Hoff-

nung fahren.

Jetzt muss sich erweisen, ob die Stärkung der Position der "christlichen Gewerkschafter" im neuen DGB zu Recht besteht, die Dr. Adenauer und seine Freunde in den jüngsten Erklärungen der Regierung, vor allem in der Frage des Ruhrstatuts, zu ihren Gunsten zu mobilisieren versuchten. Es muss klar werden, ob die unverhältnismässig stark bewertete christliche Minderheit in der Gewerkschaftsführung in der Lage ist, die CDU auf ihre programmatischen Zusagen in der Frage der Mitbestimmung und "Vergesellschaftung der Grundindustrien" zu verpflichten, oder sich als Werkzeug der Unternehmerinteressen in den Gewerkschaften missbrauchen lässt. Ihre Entscheidung wird auch für die künftige Haltung der Gewerkschaft zu den christlichen Parteien und zur Regierungskoalition im besonderen von Bedeutung sein.

Herr von Rechenberg aber hat mit seinem Ultimatum einen Keil in den soziologischen Riss der CDU geschoben. Man muss ihm dafür dankbar sein, zwingt er doch damit den Katholikenausschuss, die CDU und schliesslich auch die Regierung zur konkreten Stellungnahme. Auch die Gewerkschaften kommen danach um eine Antwort und Klärung nicht herum. Es sei denn, dass die FDP Herrn von Rechenbergs Meinung für politisch unmassgeblich erklärt.

Nach dem Besuch von Morgan Phillips

sp. Der Generalsekretär der Labour Party, Morgan Phillips, ist am 2. Dezember 1949 wieder nach England zurückgefahren. Die Besprechungen, die Morgan Phillips während seines Aufenthaltes in Deutschland geführt hat, werden dem Vertreter der Labour Party sowie allen sozialistischen Parteien der Welt gezeigt haben, dass die deutsche Sozialdemokratie gemäss ihrer 80-jährigen Tradition fest auf dem hohen Boden des internationalen Sozialismus steht. Gerade aus dieser Grundeinstellung musste sie vor dem Neu-Europäertum der Konservativen und nationalistischen deutschen Kräfte warnen, die sich heute um die Regierung scharen.

In Gesprächen im Ruhrgebiet wurde besonders betont, dass die Frage der Demontage so lange ein Unsicherheitsfaktor in der Bevölkerung und für die Wirtschaft bleiben wird, bis die Leistungsfähigkeit der übriggebliebenen Werke geklärt ist.

Informationen über die politische Haltung der deutschen Bruderpartei zu erhalten, war der Zweck des Besuches. Wenn er über die sachliche Information hinaus zu einem Verständnis der beiderseitigen Meinungen geführt hat, dann war der Aufenthalt Morgan Phillips ein nützlicher Schritt zur engeren Zusammenarbeit aller sozialistischen Kräfte in Europa.

(b/Bl/212/hs)

----- Stalinismus ist kein Sozialismus -----

H.F. Mit Ausnahme der Länder, die direkt unter die russische Einflusosphäre fallen, ist es dem Stalinismus nirgends gelungen, wirklich Fuss zu fassen. Aber selbst in seinen Satellitenstaaten ist die versteckte Opposition so gross, dass man auch dort von einem wirklich ideologischen Sieg des Kommunismus kaum sprechen kann. Dagegen ist es dem Stalinismus weitgehend gelungen, die Ideale und den Namen des Sozialismus zu kompromittieren und damit den anti-sozialistischen bürgerlichen Kräften in der Welt Vorschub zu leisten.

Ein 10-Punkte-Aufruf verschiedener sozialistisch orientierter Gruppen setzt sich mit diesem Sachverhalt besonders wirkungsvoll auseinander. Sehr gekürzt geben wir den wesentlichen Inhalt wieder.

1. Despotismus. In der Stalin-Verfassung von 1936 wird die Sowjetunion als 'ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern' bezeichnet. Aber dieser Staat arbeitet, um den Willen des zentralisiertesten, unverantwortlichsten und unmenschlichsten Despotismus, der jemals eine grosse menschliche Gemeinschaft tyrannisiert hat, auszudrücken.
2. Ungleichheit. Es gibt in keinem Land der Erde eine derartige Kluft zwischen den Möglichkeiten und Vorrechten, von dem Sklavenarbeiter an, über den Bauern, ungelernten und gelernten Arbeiter, den Bürokraten, Intellektuellen und dem Kommissariat bis zur herrschenden Gruppe, wie in Sowjetrussland. Am Ende von nur wenigen Jahrzehnten führen Ausbildungs- und Anstellungsvorrechte zur Bildung eines erblichen Kastensystems.
3. Willkür. In Sowjetrussland kommt der kriminelle Verbrecher vielleicht vor das Gericht. Der verdächtige politisch Andersdenkende wird untersucht, verhaftet, durch Folterungen verhört, angeklagt, er wird verurteilt und das Urteil wird an ihm vollstreckt - alles durch die Polizei.
4. Schauprozesse. Die Methoden der Schauprozesse und Säuberungsaktionen, um Stalins blutigen Weg zur Macht zu ebnen, die erst kürzlich in den Satellitenstaaten benutzt wurden, um jede ehrliche Opposition gegen den Stalinismus zu liquidieren, können nicht damit wegerklärt werden, dass der Zweck die Mittel heiligt.
5. Ausbeutung. Die Versklavung und Ausbeutung der industriellen Arbeiterschaft in der Sowjetunion nach einem unglaublichen System

des Akkords, Lohndifferenzierung und Polizeikontrolle über die Wahl des Arbeitsplatzes durch die Arbeiter sowie die Sklavenarbeit für Abtrünnige, sind die dreisteste Verwerfung der Grundelemente des Sozialismus.

6. Leibeigenschaft. Der russische Bauer ist heute durch ein scharf bewachtes staatliches Leibeigenschaftsverhältnis an das Land gebunden, wie es niemals von den Vorkämpfern des Sozialismus erwogen wurde. Die amerikanischen Sozialisten sind sich darin einig, dass Massen-Liquidierungen und -Deportationen eine einzig dastehende Form der Ausbeutung einer Gruppe von Menschen durch eine andere ist, die ganz gewiss nichts mit Sozialismus zu tun hat.
7. Meinungsknebelung. Seit vielen Jahrzehnten haben die Sozialisten in vielen Ländern für Meinungsfreiheit gekämpft; aber niemals hat irgend eine Tyrannei, politischen oder kirchlichen Charakters, die nicht gleichgeschaltete Meinung durch Spionage und Terror so vollständig ausgelöscht und eine grosse Masse der Menschheit von Weltnachrichten so vollkommen abgeschlossen, wie die Diktatur Stalins.
8. Sklavenarbeit. Es gibt heute eine Unmenge von Beweismaterial über die Sklavenarbeit in der sowjetischen Wirtschaftsplanung. Sie wird im wesentlichen von politischen Andersdenkenden unter barbarischen und erniedrigenden Verhältnissen geleistet. Auf diese Weise werden Millionen 'Brauchbare' bei Mindestkosten zur Arbeit eingesetzt.
9. Atheistische Diktatur. Der zynische Versuch Stalins, nach der Ausnutzung der unterwürfigen russisch-orthodoxen Kirche als eines politischen Instrumentes durch den Kreal, in den Satellitenstaaten Staatskirchen zu errichten, die von Agenten einer ganz offen atheistischen Diktatur als ein neuer Weg zur Ausbreitung des Willens von Stalin unterstützt und geschützt werden, ist nach Ansicht aller Sozialisten abscheulich, ganz gleich, wie sie über die Religion und Geistlichkeit denken. Es hat niemals eine sozialistische Gedankenrichtung gegeben, die nicht die Religions- und Gewissensfreiheit befürwortet hat.
10. Stalinscher Imperialismus. Die sowjetrussische Aussenpolitik zur Unterstützung der Weltrevolution wurde einstmals von vielen sozialistischen Gruppen in allen Ländern und durch das sympathisierende Interesse von vielen anderen Gruppen unterstützt. Aber die Ausdehnung des Stalinschen Imperialismus auf die Nachbarländer und ihre Umwandlung in Polizeistaaten wird von allen Sozialisten mit Abscheu verfolgt.

Der kleine Hauptstadtstreit

(Eig.Ber.) Mainz, Anf.Dezember

Ein Armeebefehl General Königs im Jahre 1945 besagte, dass Mainz die Hauptstadt eines aus der Pfalz, Teilen von Hessen und des Rheinlandes bestehenden Staates werden wollte. Als dann ein Jahr später über die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz abgestimmt wurde, waren sich die deutschen Befürworter des auf französische Initiative geschaffenen Landes noch nicht im klaren darüber, wie schnell die Entwicklung über sie selbst hinweggehen würde.

Die "Hauptstadt" Mainz bestand 1946 nur aus Trümmern. Die deutsche Regierung, wie ihre französische Aufsicht, richteten sich in Koblenz ein. Mittlerweile wurden in Mainz, natürlich auf Kosten der Steuerzahler, eifrig Büros und Beamtenwohnungen gebaut. Nach Angaben des Zweckverbandes für den Wiederaufbau von Mainz standen im vergangenen Monat 1.000 Wohnungen, 931 Büroräume und 422 Zimmer zur Unterbringung der Landesregierung in Mainz zur Verfügung. Zum Umzug der Regierung ist es aber bis heute nicht gekommen, obwohl von Ministerpräsident Altmeier bei jeder der zahlreichen Besichtigungen versichert wurde, dass die Ministerien mitsamt dem gesamten Tross der Bürokratie bald kommen würden, um der schwerkgeprüften Stadt wieder Auftrieb zu bringen. Es blieb bei den Versprechungen, zum Leidwesen der Mainzer Behörden, Geschäftswelt und nicht zuletzt auch der Mainzer Bürger, die - ausgebombt - irgendwo auf dem Lande oder in Kellern hausend, zusehen mussten, dass hunderte von Wohnungen in der Vaterstadt schon jahrelang leerstehen.

Nach der Sondersitzung des rheinpfälzischen Landtags vom vergangenen Dienstag bleibt alles beim alten. Die Mainzer Ausgebombten warten weiter. Besonders interessant ist aber das politische Ergebnis dieses Hauptstadtstreites. Während die CDU noch vor einem Jahr so tat, als ob das Land Rheinland-Pfalz ewig bestehen müsse, bekannte sie sich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich zu der von der SPD schon immer vertretenen These, dass das Land Rheinland-Pfalz kaum Aussichten hat, auf die Dauer zu bestehen. Für die SPD war der Fall klar. Es ging hier nicht um eine Hauptstadt Koblenz oder Mainz, es ging darum, ob ein Umzug einen Zweck hat, wenn morgen die Auflösung des Landes zwangsläufig erfolgt.

Die CDU aber sollte zugeben, dass das Spiel, das sie einst mit Hilfe der Besatzungsmacht begonnen hat, verloren ist. Helfen kann

nur die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz, wenn notwendig mit einem Volksentscheid, auf den Pfälzer, Hessen und Rheinländer schon lange warten. Das Experiment "Rheinland-Pfalz" ist gescheitert. Die Aufgabe heisst: Neuordnung der Länder im südwestdeutschen Raum.

Frieden in der Form - Kampf in der Sache

Sp. Die Sozialdemokratische Partei hat guten Grund, mit der Form der Beilegung des schweren politisch-parlamentarischen Zwischenfalles in der Nacht vom 24. auf den 25. November zufrieden zu sein. Man hat ihn chronologisch so abgebaut, wie er entstanden war.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. v. Brentano, erschien am 1. Dezember um 11.45 Uhr bei Dr. Schumacher mit der Erklärung, es liege ihm sehr viel daran, den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Dr. Schumacher erklärte sich daraufhin sofort bereit, mit dem Bundeskanzler zusammenzutreffen. Dieser selbst hat in seiner Fraktion grosse Schwierigkeiten gehabt, sich seine Absicht, der Angelegenheit ein Ende zu machen, sanktionieren zu lassen. Es gelang ihm mit der äusserst knappen Mehrheit von sieben Stimmen. Einer seiner heftigsten Gegner war diesmal, ganz im Widerspruch zu seiner sonstigen Ergebenheit, Jakob Kaiser.

Diese Widerstände, die sehr lebhaft auch in der FDP und der DP waren, sind ein klarer Hinweis auf die Berechtigung der sozialdemokratischen Genugtuung. Sie erscheint auch im Hinblick auf die vorangegangenen starken Worte der Gegenseite von einer Entschuldigung Schumachers als der unerlässlichen Voraussetzung für eine Einigung recht gut begründet. Auf sozialdemokratischer Seite hat sich wieder einmal der Vorteil einer festen Haltung gezeigt. Das sollte man auch künftig nicht vergessen. Die Version, dass die Berliner Abgeordneten, Dr. Otto Suhr und Frau Neumann, die Initiatoren waren, trifft nicht zu, sie haben nur in einem frühen Stadium der Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes eine Vermittlerrolle gespielt.

Schumacher hat noch in der Nacht zum Freitag sehr deutlich gemacht, dass diese Überbrückung der Gegensätze in der Form die Stärke der sachlichen Differenzen nicht berührt. Sie bezieht sich vor allem auf die sozialdemokratische Ablehnung des Petersberger Abkommens, auf den Beitritt zur Ruhrbehörde in einem ganz unzureichend veränderten Ruhrstatut und auf die Ausschaltung des Parlamentes durch den Bundeskanzler, wobei jetzt freilich in diesem Punkt für die Behandlung künftiger, wichtiger Fragen der Aussenpolitik durch den Bundeskanzler Zusagen gemacht worden sind.

Es wäre falsch, sich in der Illusion zu wiegen, als ob nun alles in schönster Ordnung sei. Der politische Kampf geht verstärkt weiter, er hat seine Ursache in der sozialdemokratischen Ansicht, dass vor allem in der Aussenpolitik durch den Bundeskanzler für Deutschland eine recht ungünstige Ausgangsposition für weitere Operationen geschaffen wurde.

Davon abgesehen kann die Sozialdemokratische Partei mit der Art und Weise, in der ihre Mitgliedschaft und ihre Anhänger bei diesem Zwischenfall reagiert haben, nur zufrieden sein, denn hier ist eine politische Lebendigkeit und Wachheit der breitesten Massen zutage getreten, wie sie so deutlich in den letzten Jahren bei keiner anderen Gelegenheit sichtbar wurde.

(m/1/212/hs)
